

Glaubwürdigkeitsverlust

Mauerdebatte und Castro-Brief sind nicht verantwortlich für Linke-Niederlage in Berlin. Nachtrag zu den Abgeordnetenhauswahlen

Von Ellen Brombacher, Rim Farha und Carsten Schulz



Nein zu
Mieterhöhung,
Verdrängung
und Armut:
Demonstration
gegen »Rot-
Rot« am 3.
September in
Berlin
Foto: dapd

Wie auf der Berliner Aktivberatung der Kommunistischen Plattform am 14. April 2011 beschlossen, haben sich unsere Genossinnen und Genossen aktiv am Wahlkampf beteiligt. Unsere Motive hierfür hatten wir wenige Wochen nach dem Beginn der Aggression gegen Libyen und der Katastrophe von Fukushima auf dem Landesparteitag vom 27. März so formuliert: »Differenzen gibt es zur Genüge, und zugleich sind wir uns gerade in diesen Tagen einig in den wesentlichsten Fragen unserer Zeit, in der Ablehnung des Krieges und der Ablehnung der unbeherrschbaren Nutzung der Atomenergie. Es ist eine widersprüchliche Situation, in der wir miteinander sind. Aber – wenn man sich das widerwärtige bellizistische Verhalten von Grünen und nicht wenigen SPD-Protagonisten ansieht, die die Bundesregierung dafür kritisieren, daß sie sich im UN-Sicherheitsrat enthalten hat, dann kann man mit unseren Widersprüchlichkeiten ganz gut umgehen. Und wenn es um die Berliner Landesorganisation geht: Da sind Schönfärbereien genauso unangebracht wie entgegengesetzte Einseitigkeiten. So sollten wir auch alle zusammen den Wahlkampf führen.«

Die Kommunistische Plattform hat sich im vergangenen halben Jahr konsequent an diesen Positionen orientiert. Wir haben, wie viele andere Basisgenossinnen und -genossen auch, Wahlzeitungen und Schreiben an die Wähler in Briefkästen gesteckt, Plakate aufgehängt, an Wahlveranstaltungen teilgenommen, persönliche Gespräche geführt und an Ständen Wahlmaterialien verteilt. Das bedeutete nicht, daß wir vom Wirken unserer Partei als Koalitionspartnerin der Berliner SPD in den zwei vergangenen Wahlperioden pausenlos beglückt gewesen wären. Weder haben wir den Koalitionsverträgen zugestimmt, noch haben wir es in den zehn Jahren Regierungsbeteiligung an offener Kritik fehlen lassen.

Absturz 2006

In zwei Fällen führten nicht zuletzt die innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Erfolg: Das Studienkontenmodell kam ebensowenig zustande wie der nicht a priori ausgeschlossene Verkauf der öffentlich-rechtlichen Sparkasse an einen Privatinvestor. Die Wahlen 2006 erbrachten die Quittung für den Kurs der in der zurückliegenden Legislaturperiode beinahe uneingeschränkten Anpassung an Klaus Wowereits Regierungsführung. Die Linke stürzte von 22,6 auf 13,4 Prozent ab. Wowereit entschied sich dennoch erneut für ein Regierungsbündnis mit unserer Partei. Inzwischen blieb die Berliner Linke nicht mehr ohne Kritik aus der Gesamtpartei. Auch dieses Korrektiv bewirkte, daß sich Die Linke zwischen 2006 und 2011 im Rahmen der Koalition deutlicher profilierte. Die Umfragewerte der Partei verbesserten sich und lagen über dem Wahlergebnis von 2006. Doch das änderte sich wieder – gerade im Verlaufe dieses Jahres – und endete mit 11,7 Prozent für Die Linke am 18. September – noch einmal ein Verlust von 1,7 Prozent im Vergleich zu den vorangegangenen Abgeordnetenhauswahlen. 2006, das soll hier noch einmal betont werden, verloren wir verglichen mit 2001 mehr als die Hälfte der Stimmen (2001 stimmten 366296 Berliner für die PDS. Das waren 22,6 Prozent; 2006 stimmten 170.829 Berliner für unsere Partei. Das waren 13,4 Prozent).

Wir heben das hier hervor, weil diese Zahlen eine klare Sprache sprechen. Die Verluste, die der Berliner Landesverband in der Zeit der Regierungsbeteiligung erlitt, sind unseres Erachtens nicht in erster Linie durch jene Debatten zu erklären, die der Partei in den letzten Monaten, teils von innen, teils von außen, aufgezwungen wurden, sondern hängen wohl eher mit einem beträchtlichen Maß an Glaubwürdigkeitsverlust zusammen, den wir als Preis für die Regierungsbeteiligung zahlten. Wenn sich dann im Wahlkampf noch ein Eindruck von tiefer Zerstrittenheit hinzugesellt, so wird es richtig problematisch. Der Bundesspitze ist das eher nicht anzulasten. Ansonsten teilen wir die auf der Bundesvorstandssitzung vom 19. September erarbeitete Position, daß eine Partei gemeinsam gewinnt und gemeinsam verliert. Protagonisten der Linken, die jetzt Personaldiskussionen auf die Tagesordnung setzen wollen, würden im gegebenen Falle nichts weiter bewirken als die Fortschreibung gemeinsamer Verluste. Wir sprechen uns ohne Wenn und Aber dagegen aus, im Oktober in Erfurt Personalfragen zu behandeln oder den für Juni 2012 geplanten Wahlparteitag vorzuziehen.

Kehren wir noch einmal zu den Berliner Wahlergebnissen zurück. Wir verloren vor allem im Osten Stimmen, auch in jenen Stadtbezirken, die als Hochburgen der Linken schlechthin galten. Am Wahlabend äußerten mehrere Protagonisten der Berliner Linken, es gäbe viele, nun zu analysierende Ursachen für das Wahlergebnis. Eines sei aber gewiß: Von der Bundesebene habe es im Wahlkampf keinen Rückenwind gegeben. Damit war der Bezug zu den bereits oben erwähnten Debatten hergestellt. Nun haben wir erklärtermaßen – wenngleich sicher aus anderen Gründen – von diesen Debatten auch nichts gehalten. »Wohin bitte geht's zum Kommunismus?«, diese von der *jungen Welt* aufgeworfene Frage wurde der Interpretationshoheit der Mainstreammedien auf dem silbernen Tablett serviert, und nicht nur deshalb überschritt sich diese Fragestellung eher nicht mit den momentanen Alltagsorgen von Millionen Menschen. Die sogenannte Antisemitismusdebatte war so überflüssig wie ein Kropf. Dann kam die ebenfalls destruktiv wirkende Mauerdebatte. Die entbrannte nicht zuletzt dadurch, daß der Landesvorstand in Mecklenburg-Vorpommern den letzten Landesparteitag vor den dortigen Landtagswahlen ausgerechnet auf den 13. August legte. Mit diesem Timing nahm dann alles mögliche andere seinen Anfang und die Jubiläumsseite der *jungen Welt* lieferte den Mainstreammedien noch einmal richtig Futter. Allerdings – in Mecklenburg-Vorpommern verbesserten sich die Wahlergebnisse für die Linke, trotz Mauerbaudebatte und Castro-Gratulation, die im übrigen erst durch Klaus Lederer richtig

publik gemacht wurde. Sind nun die Leute in Mecklenburg-Vorpommern nostalgischer als die Berliner? Oder ist es vielleicht doch ein bißchen schlicht, den erwähnten Diskussionen für das Wahlergebnis an der Spree einen größeren Stellenwert beizumessen als zehn Jahren Regierungsbeteiligung und 19000 kurz vor den Wahlen ausgesprochenen Mieterhöhungen? Ja – könnte es im Osten Berlins nicht sogar sein, daß Boykottaufrufe gegen die *junge Welt* und Entschuldigungen für Glückwünsche an Fidel Castro eher Stimmen gekostet als gebracht haben? Es ist notwendig, die Verluste, besonders im Osten der Stadt, genau zu untersuchen.

Landesparteitag 2010

Uns scheint, im Rahmen einer solchen Analyse sollten nicht zuletzt der Berliner Wahlkampf und dessen unmittelbare Vorphase unter die Lupe genommen werden – besonders auch die Auswirkungen des Landesparteitages vom 28./29. November 2010. Erinnerung wir uns: Da waren mehrere Anträge, die den Parteitag aufforderten, den vom Berliner Wassertisch initiierten Volksentscheid zu unterstützen. Die Anträge wurden weggestimmt. Und mehr als das: Bezirksvorstände, die in ihren Räumlichkeiten Unterschriftensammlungen für das Stattfinden des Volksentscheids durchführen wollten oder durchführten, wurden seitens des Landesvorstandes gerügt. Genossinnen und Genossen, die danach fragten, wie sie sich hinsichtlich des Volksentscheides verhalten sollten, wurde von manchen Funktionären die Antwort gegeben, am besten wäre es, sie blieben zu Hause. Und als hätte das alles noch nicht genügt, erklärte der Landesvorsitzende nach dem Entscheid, es sei zu überlegen, ob man nicht klagen sollte.

Und noch einmal zurück zum Landesparteitag vom November 2010. Eine Delegation der Bürgerinitiative vom Fanny-Hensel-Kiez in Kreuzberg wandte sich hilfeschend an uns. Auch in diesem Kiez standen horrende Mieterhöhungen an. Dort waren ursprünglich Sozialmieten zu zahlen. Wegen des Wegfalls der einkalkulierten Förderung durften die Eigentümer nunmehr die tatsächliche Kostenmiete verlangen – für viele Mieter unbezahlbar. Darüber sprachen die Vertreter der Henselkiezbewohner. Doch die Chance wurde vertan, durch eine öffentliche Erklärung oder einen entsprechenden Beschluß die unmißverständliche Solidarität mit den Mieterinnen und Mietern zum Ausdruck zu bringen. Faktisch ergebnislos verließen die Leute vom Fanny-Hensel-Kiez den Parteitag. Und ähnlich geschah es auf dem Landesparteitag am 27. März 2011, auf dem sie noch einmal über ihre hoffnungslose Situation berichteten. Da bringt dann ein Wahlplakat nichts mehr, auf dem versprochen wird, »Mieter vor Wild-West schützen« zu wollen. Dieses Plakat hat uns im übrigen so mancher Sympathisant im Westen übelgenommen.

Die Partei Die Linke braucht sich nicht neu zu erfinden. Sie war und ist in sozialen Fragen und ebenso in puncto Friedenspolitik die einzige auch parlamentarisch verankerte Kraft. Und sie ist ein wesentlicher antifaschistischer Faktor. Das bleibt extrem wichtig, auch wenn die Nazis Stimmeinbußen zu verzeichnen hatten. Immerhin erhielten NPD (31243), »Pro Deutschland« (17829) und »Die Freiheit« (14019) insgesamt gut 60000 Stimmen und ziehen –wengleich nicht in Fraktionsstärke – in drei Bezirksverordnetenversammlungen ein. Das ist ein deutliches Warnsignal und eine Verpflichtung auch für unsere Partei, die antifaschistische Arbeit zu aktivieren.

Ellen Brombacher, Rim Farha und Carsten Schulz sind aktiv im Landessprecherrat der Kommunistischen Plattform Berlin. Ausführlichere Fassung im Internet: bit.ly/KPFWahlen